

SVR Hongkong

Günter Schucher und Katrin Willmann

Disput zum Jahrestag der Proteste auf dem Tian'anmen-Platz

Wenige Wochen, bevor sich die gewaltsame Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Tian'anmen-Platz in Beijing am 4. Juni 2007 zum 18. Mal jährten, sorgte ein Kommentar des Vorsitzenden der beijingfreundlichen Partei Democratic Alliance for the Betterment and Progress of Hong Kong (DAB) und Abgeordneten der Legislativversammlung (*Legislative Council*), Ma Lik, in der Sonderverwaltungsregion Hongkong (SVR) für eine hitzige öffentliche Debatte.

Wie den Hongkonger Medien zu entnehmen ist, hatte Ma Lik in einem Interview am 15. Mai dieses Jahres zum Thema politische Reformen die Unzulänglichkeit der patriotischen Bildung in Hongkong seit dem Souveränitätswechsel kritisiert und dabei als Beispiel die Vermittlung von Fakten zu den Protesten auf dem Tian'anmen-Platz herangezogen. Seiner Meinung nach müsse das Lehrmaterial zur Vermittlung dieses historischen Ereignisses überarbeitet werden. So solle den Vorfällen am 4. Juni 1989 der Charakter eines „Massakers“ abgesprochen werden. Diese Bezeichnung bevorzugten vornehmlich Außenstehende. Zudem sei die Höhe der Opferzahl sowie die Vorsätzlichkeit und Willkür der Schüsse von Soldaten anzuzweifeln. Ma Lik plädierte in dem Interview dafür, bei den geführt-

ten Diskussionen eine objektivere Bewertung der Ereignisse vorzunehmen. Diese solle sich nicht von ausländischen Aussagen oder denjenigen der Opferfamilien leiten lassen, sondern stärker die historischen Umstände in Betracht ziehen. Gemäß Ma Liks weiterer Kritik beweise die Tatsache, dass die Hongkonger Bevölkerung den Aussagen der KPCh hierzu keinen Glauben schenke und sich stattdessen an Aussagen aus dem Ausland orientiere, dass es ihr an Patriotismus und nationaler Identität mangle. Für Demokratie seien die Hongkonger deshalb nicht vor dem Jahr 2022 reif.

Unterschiedliche Einschätzungen der Opferzahlen gibt es seit langem. Während nach offiziellen chinesischen Aussagen im Zuge der Proteste mehrere Hundert Demonstranten getötet wurden, beziffern Augenzeugen, das chinesische Rote Kreuz, Studenten- und internationale Menschenrechtsorganisationen die Zahl auf mehrere Tausend. Wie eine Analyse von Hongkonger Schulbüchern durch die Hongkonger Zeitung *Ming Pao Daily* im Jahr 2004 zeigte, werden in den meisten Lehrtexten detaillierte Aussagen zu den Vorfällen vermieden und die angegebenen Opferzahlen variieren zwischen einigen Dutzend und über Tausend. Den Lehrern werden keine Vorgaben zur Vermittlung dieses Ereignisses vorgegeben.

Zwar bezeichnete Ma Lik seine Worte wenige Tage später als unbedacht, beharrte jedoch an seiner Kritik, die Vorfälle als „Massaker“ zu titulieren. Neben Kritikern aus den demokratischen Reihen distanzierete sich selbst das Zentralkomitee der DAB von Mas Aussagen. Die Hongkonger Bil-

dungsbehörde sah sich in der Folge ebenfalls nicht dazu veranlasst, die Lehrfreiheit Hongkonger Lehrer bei diesem Thema einzuschränken.

Die Wirkung der Aussagen dieses prominenten Hongkonger Politikers war nicht mehr rückgängig zu machen. Je nach Schätzung der Organisatoren oder der Polizei konnten nun völlig unerwartet zwischen 27.000 und 55.000 Menschen zur Nachtwache im Victoria Park anlässlich des Jahrestages mobilisiert werden. Selbst die Teilnehmerzahl an den jährlichen Protestmärschen Ende Mai überstieg trotz strömenden Regens die Erwartungen der Veranstalter. Damit zeigten so viele Hongkonger wie nie zuvor anlässlich des 10. und 15. Jahrestages ihre Präsenz bei den üblichen Protestmärschen sowie der Nachtwache und unterstrichen die weiterhin hohe Sensibilität dieses Themas.

Mit Spannung kann angesichts des Mobilisierungsgrades, den die Hongkonger Bevölkerung in den vergangenen Jahren gezeigt hat, auch die Beteiligung an den zu erwartenden Demonstrationen anlässlich des 10. Jahrestages des Souveränitätswechsels am 1. Juli 2007 erwartet werden. (ST, 17.5.07; WSJ, 17.5.07; SCMP, 16., 23., 25., 28.5.07; RTHK, Radio 3, 16.5.07, nach BBC PF, 16.5.07; IHT, 2., 4.6.07) (Katrin Willmann)

Abwicklung von Radio Television Hong Kong?

Ende März 2007 veröffentlichte das Komitee zur Überprüfung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksenders in der Sonderverwaltungsregion Hongkong nach vierzehnmonatiger Beratung seinen Abschluss-

bericht.

Dieser gab in den Hongkonger Medienwelt Anlass zu scharfer Kritik, weil er die Gründung eines neuen öffentlichen Rundfunksenders vorschlug, ohne auf die Zukunft des bereits existierenden Radio Television Hong Kong (RTHK) einzugehen. Der neue Rundfunksender Hong Kong Public Broadcasting Corporation (PBC) soll digital, mit einem kostenlosen Fernsehsender, einer ausreichend großen Zahl an Radiosendern und Multimediaangeboten arbeiten.

Versuche, das Komitee um eine Erläuterung der offen gebliebenen Frage zu bitten, scheiterten daran, dass dieses direkt nach Veröffentlichung seines Berichts aufgelöst wurde. Nun wird eine Einstellung von RTHK, das auf eine 79-jährige Geschichte zurückblicken kann, befürchtet.

Obwohl RTHK der Hongkonger Regierung untersteht und die Mitarbeiter damit den Status von Staatsbediensteten besitzen, zeichnet sich der öffentliche Rundfunksender noch immer durch eine regierungskritische, unabhängige Berichterstattung aus. Diese provozierte in der Vergangenheit regelmäßig Kritik vor allem der regierungsfreundlichen Parteien. Allerdings bangte die Öffentlichkeit seit dem Souveränitätswechsel auch immer wieder um die Unabhängigkeit des Senders. Allein in den letzten neun Jahren mussten sich die Angestellten vier Überprüfungen stellen, die den Druck auf Selbstzensur erhöhten.

In die Debatte um die Zukunft von RTHK schaltete sich nun die prodemokratische Civic Party aktiv ein. Sie bemüht sich um eine Klärung der Sachlage im Rahmen der Legislativversammlung. (*The Standard*

website, 9., 26.4.07, nach BBC PF, 10., 27.4.07; SCMP; 14.4.07; RTHK, Radio 3, 6., 7.5.07, nach BBC PF, 7., 8.5.07) (Katrin Willmann)

Hongkong Hauptverursacher der lokalen Luftverschmutzung

Die University of Science and Technology hat zusammen mit dem unabhängigen Thinktank Civic Exchange eine Studie vorgelegt, wonach Hongkong selbst für die Luftverschmutzung die größte Verantwortung trägt. Der Hongkonger Straßen- und Schiffsverkehr seien die Hauptfaktoren für 53% der 324 verschmutzten Tage im letzten Jahr, nur zu 36% der Tage seien Verschmutzer im Perlfloss-Delta verantwortlich. Damit widersprechen die Wissenschaftler, die sich auf Überwachungsstationen zur Luftqualität im ganzen Delta sowie Winddaten des Observatoriums und Satellitenbilder berufen, einer Studie des Environmental Protection Department von 2002, nach der 80% der Emissionen aus der Region kamen.

Das regionale Monitoring-Netzwerk war von den Regierungen Hongkongs und der chinesischen Provinz Guangdong im Jahr 2005 errichtet worden, um u.a. die verschmutzenden Substanzen Schwefeldioxid, Ozon und Feinstaub zu messen. Nach den Daten der Messstationen sind die größten Dreckverursacher weiterhin im Delta zu suchen, und zwar an erster Stelle Foshan, dann Zhuhai, Zhongshan und Guangzhou. Foshan überschritt die Richtwerte beim Feinstaub an 99 Tagen, bei Schwefeldioxid an 62 Tagen im Jahr. Die Hongkonger Messstationen Tsuen Wan und Tung Chung überschritten die Höchstwerte an 16 Tagen

im Jahr.

Angesichts der neuen Ergebnisse fordert Christine Loh, CEO von Civic Exchange, die Hongkonger Regierung auf, selbst für die Einhaltung der WHO-Standards zu sorgen und eine entsprechende Energiepolitik zu formulieren. Immer wieder erreicht die Luftverschmutzung in Hongkong ein gesundheitsschädigendes Niveau. (SCMP, 22.3., 15., 25.4.07) (Günter Schucher)

Streit um Institut für Lehrerbildung vor Untersuchungsausschuss

Der Streit um die Zukunft des Hong Kong Institute of Education (HKIED), der im Januar mit der vom Institutsrat beschlossenen Nichtverlängerung des Vertrages des Präsidenten Paul Morris öffentlich ausgebrochen war, ging Ende März mit der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses in die „zweite Runde“. Die *South China Morning Post* berichtete von da an quasi täglich über die Einzelheiten der Aussagen vor dem Ausschuss, der von Regierungschef Donald Tsang im Februar eingerichtet worden war. Im Kern geht es darum, ob der Bildungsminister Arthur Li Morris dazu zwingen wollte, das HKIED mit der Chinese University zu verschmelzen – eine Idee, die er schon in seiner Funktion als Vizekanzler der Chinese University kreiert haben soll –, und ob die frühere ständige Sekretärin des Bildungsministers Fanny Law versucht habe, die Entlassung von vier Lehrkräften des Instituts wegen kritischer Artikel zur Bildungsreform durchzusetzen.

Der Ausschuss verhörte ab dem 29. März 2007 Paul Morris, dessen Stellvertreter Luk, den Generalsekretär des Uni-

versity Grants Committee (UGC), den Vorsitzenden des Institutsrats Thomas Leung, der als „Agent“ des Bildungsministers bezeichnet wird, Lehrkräfte und schließlich auch den Minister selbst. Bei den Befragungen wurde u.a. deutlich, dass einerseits der Bildungsminister auch Einfluss auf das formal unabhängige UGC ausgeübt hat, um sein Ziel zu erreichen, andererseits aber auch Morris mit anderen Modellen von Zusammenschlüssen von tertiären Bildungseinrichtungen gespielt haben soll. Bei dem diskutierten Zusammenschluss geht es auch um die Sicherung der Qualität der Lehrerbildung, die nicht nur Law und Li, sondern wohl auch Tsang im HKIED nicht gewährleistet sehen. Law soll erst kürzlich in Kanada geäußert haben, die Hongkonger Lehrer seien „all so stupid“.

Eine Evaluation durch das UGC hatte dagegen ergeben, dass das HKIED selbst Universitätsstatus erhalten könne. Dennoch soll der Bildungsminister die Zukunft des HKIED von einem Zusammenschluss mit der Chinese University abhängig gemacht und auch entsprechenden Druck auf Morris ausgeübt haben. Auch der Ratsvorsitzende Leung soll Morris gedroht haben, seine Vertragsverlängerung hänge von dem Zusammenschluss ab. Und schließlich berichteten auch andere Befragte von Drohungen aus dem Ministerium. Arthur Li wies dies natürlich in seiner Befragung zurück, falsche Töne in Konversationen seien auf seine Frustration über den mangelnden Fortschritt in der Angelegenheit zurückzuführen. (SCMP, 29.3., 24.5.07) (Günter Schucher)

SVR Macau

LIU Jen-Kai

1.-Mai-Demonstrationen

Am 1. Mai 2007 fand in Macau die größte und gewalttätigste Demonstration seit 1999 mit mehreren Tausend Teilnehmern statt. Nach Aussage der Organisatoren waren es über 6.000, die Polizei sprach von 2.400 Personen. Die Sicherheitskräfte selbst waren mit über 900 Mann präsent. Die Proteste richteten sich gegen die wachsende Korruption und den Import von Arbeitskräften. Selbst Forderungen nach einem Rücktritt von Regierungschef Edmund Ho wurden laut. Eigentlich müsste die wirtschaftliche Situation in Macau alle zufriedenstellen. Die Steuereinnahmen aus dem Glücksspielsektor fließen immer reichlicher in die Regierungskassen, im letzten Jahr wuchs die Wirtschaft um 16,6% und Macau belegte zusammen mit Seoul bei einer Abstimmung der *Financial Times* für die „Best Economic Potential City in Asia“ den ersten Platz.

Nach offiziellen Statistiken ist das Pro-Kopf-BIP seit dem Jahr 2003 um 60% gestiegen und übertraf letztes Jahr mit 227.508 MOP zum ersten Mal dasjenige Hongkongs (214.710). Dagegen wuchs der monatliche Durchschnittslohn eines unqualifizierten Arbeiters nur um 23% auf 3.800 MOP. Als Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs steigen die Lebenshaltungskosten (der Preisindex ist seit dem Jahr 2003 um 13% gestiegen) und die Grundstückspreise, sodass Wohnungen für viele unerschwinglich werden. Kleinere Unter-